Niederschrift

über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 20.03.2012, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- **1.** Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jugendamt Vorlage: 620/2012
- 2. Vorstellung der Aufgaben und Arbeitsweise des Allgemeinen Sozialen Dienstes

Vorlage: 580/2012

3. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Frau Gabriele Kals-Deußen

Stimmberechtigtes Mitglied nach §71 I Ziff. 1 SGB VIII

- 2. Frau Karin Hoffmann
- 3. Herr Michael Kappes
- 4. Herr Stefan Kassel
- Herr Manfred Schumacher
- 6. Herr Raimund Tartler
- 7. Frau Ruth Thelen
- 8. Frau Marlis Tings

Stimmberechtigtes Mitglied nach § 71 I Ziff. 2 SGB VIII

- 9. Herr Dietmar Ernst
- 10. Frau Ingrid Grein
- 11. Herr Manfred Kaminski
- 12. Herr Stefan Mesaros

Beratendes Mitglied nach § 5 AG-KJHG i.V.m. § 4 III Satzung

- 13. Frau Irmgard Baldes
- 14. Herr Georg Nebel
- 15. Herr Wilfried Schulz

Stellvertretendes Mitglied

16. Herr Beigeordneter Herbert Brunen als Vertretung für Herrn Bürgermeister Thomas Fiedler

- 17. Herr Markus Grahn als Vertretung für Frau Marianne Müller-Ohligschläger
- 18. Frau Katharina Kleinen als Vertretung für Frau Miriam Wagner

Sachkundige/r Bürger/in

19. Frau Karola Brandt

Protokollführer

- 20. Herr Christoph Nilles
- 21. Frau Sandra Schuhmachers

Es fehlten:

- 22. Herr Helmut Adams
- 23. Herr Klaus Striebinger
- 24. Frau Maxi Weissmann
- 25. Herr Leo Windelen

Frau Kals-Deußen eröffnete um 18:00 Uhr die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und begrüßte die Anwesenden.

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und befragte die Ausschussmitglieder dahingehend, ob Anmerkungen oder Einwendungen zur letzten Sitzung vorlägen. Dies war nicht der Fall.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jugendamt Vorlage: 620/2012

Frau Brandt zeigte sich zunächst einmal erfreut, dass die Aufwendungen des Jugendamtes so stark gesenkt werden konnten. Sie erkundigte sich aber, ob die Einsparungen zu Lasten bestimmter Leistungen vorgenommen worden sind.

Herr Schulz beantwortete die Frage unter Bezugnahme auf die Sitzung vom 25.01.2011, in der verschiedene Einsparmaßnahmen bereits vorgestellt wurden. Er führte an, dass in Absprache mit den freien Trägern der Jugendhilfe Leistungsstandards festgelegt werden konnten und ferner Grundlagen für die Berechnung von Leistungen vereinheitlicht werden konnten. Dies habe Einsparungen zur Folge gehabt, da in Folge der Absprachen mit den freien Trägern die Kosten pro Fall, die Anzahl der Leistungsstunden insgesamt und die Anzahl der Fälle verringert werden konnten.

Bei älteren Jugendlichen ließe man nun zum Teil Maßnahmen anderer staatlicher Institutionen wie eine zwangsweise Schulzuführung oder einen Arrest wirken, wenn die Mitwirkung der Hilfe verweigert werde. Das Jugendamt ziehe sich dann zunächst zurück und leiste darauf später wieder eine verstärkte Hilfe.

Als weiteren Grund für die im Vergleich zum Jahr 2010 hohen Einsparungen im Jahr 2011 nannte Herr Schulz, dass im Jahr 2010 viele Zuzüge sozial schwacher Familien verzeichnet wurden. Im Jahr 2011 zogen weniger dieser Familien in das Stadtgebiet Geilenkirchen, was dazu führte, dass die Zahl neuer Hilfen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr rückläufig war. Zudem konnten im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr mehr Hilfefälle abgeschlossen werden.

Insgesamt erreiche man so ein gutes Kostenergebnis, aber auch Leistungen von guter Qualität. Durch eine gemeinschaftliche Entscheidung des Allgemeinen Sozialen Dienstes, der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und der Amtsleitung werde in jedem Hilfefall das weitere Vorgehen geplant und festgelegt, ob beispielsweise eine Hilfe zur Erziehung eingerichtet und welche Art der Hilfe gewährt werden solle. Auch dadurch seien Einsparungen vorgenommen worden.

Herr Nebel erkundigte sich, wie der im Vergleich zum Vorjahr hohe Anstieg der Ausgaben im Bereich der sozialen Gruppenarbeit zu erklären sei.

Herr Schulz erklärte, dass die soziale Gruppenarbeit ein neues Angebot sei, das man zusammen mit den Trägern entwickelt habe. Sie werde nun zunehmend bevorzugt an Stelle anderer Hilfearten wie beispielsweise der sozialpädagogischen Familienhilfe gewährt.

Frau Kals-Deußen verlas den Beschlussvorschlag und bat den Ausschuss um Abstimmung über die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jugendamt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die in der Anlage aufgeführten Haushaltsansätze in den Gesamthaushalt der Stadt Geilenkirchen für das Jahr 2012 einzustellen und zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 2 Vorstellung der Aufgaben und Arbeitsweise des Allgemeinen Sozialen Dienstes

Vorlage: 580/2012

Herr Feenstra und Herr Goebbels, beide Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) der Stadt Geilenkirchen stellten in einem Vortrag die Aufgaben und Arbeitsweise des ASD vor. Einige Folien der zu diesem Zweck erstellten PowerPoint Präsentation sowie auf Wunsch des Ausschusses eine kurze Darstellung werden dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an den Vortrag erkundigte sich Frau Thelen, an welche Zielgruppe die soziale Gruppenarbeit gerichtet sei und wie diese Hilfe genau funktioniere.

Herr Goebbels führte aus, dass die soziale Gruppenarbeit von entsprechenden Trägern für Kinder und Jugendliche angeboten werde. Als Beispiel nannte er einen Fall, in dem die soziale Gruppenarbeit eingerichtet wurde, weil ein Kind durch seine Mutter keinen Kontakt zu Gleichaltrigen hatte und in Folge dessen seine sozialen Kompetenzen kaum ausgebildet waren. Die Gruppenarbeit wurde zur Stärkung der sozialen Kompetenzen eingerichtet.

Ein weiterer Beispielfall war die Einrichtung einer sozialen Gruppenarbeit zur Stärkung des Selbstwertgefühls eines Mobbingopfers, welches den Schulbesuch verweigerte.

Frau Tings fragte, ob es nicht besser sei, bei Problemfamilien eine Person mit hoher Stundenzahl als Unterstützung für die gesamte Familie einzusetzen, statt für die Familienmitglieder separate Ansprechpersonen zur Verfügung zu stellen.

Herr Feenstra erläuterte, dass eine hohe Stundenanzahl in der Familie nicht automatisch bedeute, dass eine bessere Arbeit geleistet werde oder die Hilfe wirkungsvoller sei. Vielmehr sei die Anzahl der in der Familie eingesetzten Personen vom Einzelfall abhängig. So sei es möglicherweise erforderlich in einer Familie eine männliche und eine weibliche Ansprechperson einzusetzen, um die männlichen und weiblichen Familienmitglieder besser zu erreichen. Möglich sei auch der Einsatz einer sozialpädagogischen Familienhilfe in Kombination mit einer an das Kind gerichteten sozialen Gruppenarbeit.

Frau Brandt fragte, welche Hilfen junge Volljährige zwischen 18 und 21 Jahren erhalten, da diese keinen Anspruch auf Leistungen des Jobcenters haben. Sie erkundigte sich, wie das Jugendamt reagiert, wenn junge Volljährige Konflikte mit ihren Eltern haben und aus dem Elternhaus ausziehen wollen und bemerkte, dass das Jobcenter in der Regel erst bei Personen ab 25 Jahren die Kosten für eine Wohnung übernehme.

Herr Schulz gab Frau Brandts Einwand insofern Recht, dass die Kosten für eine eigene Wohnung im Regelfall erst ab 25 Jahren vom Jobcenter übernommen werden. Sollten jedoch gewichtige Gründe für einen Auszug aus dem Elternhaus vorliegen, so übernehme das Jobcenter auch schon bei unter 25-jährigen die Kosten für eine eigene Wohnung. Sofern die familiäre Situation dem Jugendamt bekannt sei, könne dieses die Entscheidung des Jobcenters durch eine entsprechende Stellungnahme unterstützen. Die Einrichtung von neuen – insbesondere stationären – Hilfen bei jungen Volljährigen, die dem Jugendamt bisher noch nicht bekannt waren, sei sehr selten. Herr Goebbels ergänzte, dass junge Volljährige sich jederzeit vom ASD beraten lassen könnten.

Frau Thelen erkundigte sich nach der Anzahl, den Standorten und dem Platzangebot in den für das Jugendamt verfügbaren Tagesgruppen.

Herr Goebbels informierte darüber, dass eine Tagesgruppe der Caritas in Geilenkirchen mit 8 Plätzen verfügbar sei. Ferner gebe es eine Tagesgruppe vom Jugend-

haus Franz von Sales mit 10 Plätzen in Heinsberg. Plätze in den Tagesgruppen würden je nach Bedarf auch von anderen Jugendämtern belegt, für Geilenkirchen sei das Platzangebot völlig ausreichend. Die Kinder und Jugendlichen verblieben in der Regel für maximal 2 Jahre in der Tagesgruppe, so dass es ausreichend Plätze durch Fluktuation gebe.

TOP 3 Verschiedenes

Herr Schulz informierte darüber, dass der Verein "Kids on Base" mit Sitz in der Gemeinde Selfkant einen Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gestellt habe. Der Verein verfolge das Ziel, auf dem Gelände der Nato-Airbase eine Kindertagesstätte mit 30 Plätzen zu errichten. Der Antrag sei an das Familienministerium weitergeleitet worden.

Herr Schulz berichtete, dass man sich gegen die Zulassung der Einrichtung ausgesprochen habe, da sie nicht in die Kindergartenbedarfsplanung des Jugendamtes passe und auch Kinder aus Gangelt und den Niederlanden die Einrichtung besuchen sollen.

Zudem sei ein Zugang zu der Einrichtung nur für Nato-Angehörige gestattet und auch die Mitarbeiter des Jugendamtes seien im Bedarfsfall zum Zugang zu der Einrichtung nicht berechtigt. Die Stadt Geilenkirchen müsste allerdings Betriebskostenzuschüsse von jährlich 170.000 € zahlen und die Einrichtung somit finanziell unterstützen. Der Betrieb der früheren Pre-school auf der NATO-Airbase sei mangels Interesses eingestellt worden. Die Nato-Mitarbeiter suchen für ihre Kinder meist bewusst einen Regelkindergarten, auch um eine bessere Integration ihrer Kinder zu ermöglichen.

Im Folgenden informierte Herr Schulz über den Antrag des Kindergartens "Triangel" zur Zulassung als Familienzentrum.

Das Land NRW habe nach der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses seine Kriterien über die Zulassung bestimmter Kindergärten als Familienzentrum verändert. Nach den neuen Kriterien wurde der Antrag nicht zugelassen, da Geilenkirchen im Vergleich zu anderen Städten einen besseren Sozialindex habe. Herr Schulz betonte, dass der Kindergarten "Triangel" wegen seiner umfangreichen Angebote und Kooperationen wichtig für Geilenkirchen sei, so stehe Herr Goebbels regelmäßig vor Ort im Kindergarten "Triangel" in Sprechstunden zur Verfügung.

Schließlich gab Herr Schulz Informationen über den Stand des U3-Ausbaus im Stadtgebiet Geilenkirchen. Nach der Auflösung des Landtages stocke die Finanzierung des Ausbaus, da auch das Land NRW finanzielle Mittel zum Ausbau bereitgestellt hatte. Auch der Ausbau, der mit Mitteln des Bundes finanziert werde, stocke momentan. Der Kreis Heinsberg habe daraufhin zur Fortführung des U3-Ausbaus im eigenen Bereich 2 Mio. Euro als Zuschuss bereitgestellt. Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage sei es jedoch für die Stadt Geilenkirchen schwierig, wie der Kreis Heinsberg einen Zuschuss zu gewähren.

Insgesamt sei man in Geilenkirchen aber bereits in einer sehr guten Position, da bereits 11 von 12 Kindergärten mit 4 Mio. Euro aus Bundes- und Landesmitteln umgebaut wurden. Problematisch sei, so Herr Schulz, die Situation des Kindergartens St. Ursula in Geilenkirchen. Fördermittel wurden trotz Antrag im Jahr 2009 bislang nicht bewilligt, wobei die Gründe dafür nicht nachvollziehbar seien. Herr Schulz betonte, dass ein Ausbau dieses Kindergartens besonders dringlich sei, da die Räumlichkeiten dort sehr beengt seien. Der Träger habe einen sehr guten Plan vorgelegt, der mit einer Investitionssumme von ca. 400.000 € vorsehe, dass jeder Gruppenraum einen Nebenraum erhalte und des Weiteren ein Schlafraum und ein Bewegungsraum gebaut werde. Nach dem Stand der zuletzt durch das Land erteilten Förderbescheide wäre unter Einsatz der geplanten Eigenmittel des Trägers eine kurzfristige Umsetzung der Planung möglich gewesen. Sollten die erwarteten Landesmittel allerdings ausbleiben, wäre ggf. eine Vorfinanzierung mit städtischen Mitteln zu erwägen.

Sitzung endet um: 19.25 Unr	
Vorsitzende	Schriftführer:
Gabriele Kals-Deußen	Christoph Nilles